

MANSFELD LINKS

INFORMATIONSBLATT

DIE LINKE.
Kreisverband Mansfeld-Südharz

15.(18.) Jahrgang

Nr. 4/2008

28.03.2008

Harti Rische

Rien ne va plus – Nichts geht mehr !

Der Souverän hat entschieden. Und er hat entschieden, dass sich 58 Prozent nicht dafür interessieren, wer in der Stadt Hettstedt in den folgenden Jahren das Zepter schwingt.

Können wir es uns so einfach machen? Ich denke nicht. Aber festzuhalten bleibt, dass 58 Prozent Nichtwähler eine ganz beträchtliche Zahl sind, die den Erfolg von Herrn Lautenfeld zumindest zum Teil mit ermöglicht haben, ihn gleichzeitig aber auch relativieren.

Das Projekt der vier Parteien in Hettstedt ist gescheitert. Und das eindeutig. Worin liegen die Ursachen? An dieser Stelle wird es mir nicht gelingen, eine genaue Analyse vorzunehmen. Aber eine Ursache wird sein, dass Stammwähler der beteiligten Parteien, den Weg ihrer Mandatsträger nicht mitgehen konnten oder wollten oder beides. Konsequenz daraus ist, Kommunalpolitik in Hettstedt wird sich in Zukunft für die Räte nicht einfacher gestalten. Noch dazu, weil der in seinem Amt bestätigte Wahlsieger bereits gesagt hat, nichts in und an seinem Stil ändern zu wollen.

Soll es ohne permanente Widersprüche zu Stadtratsbeschlüssen weiter gehen, muss die

Mehrheit der Stadträte zu einem anderen Stil finden. Ich bin mir sicher, dass das möglich ist. Die Haushaltsdiskussion im Monat März 2008 und die notwendige Beschlussfassung dazu wird es zeigen.

Sicher ist aber auch, dass über 1.600 Wähler eine Veränderung in Hettstedt wollten. Bei den sich jetzt kampagneartig häufenden Rücktrittsforderungen wird das von den neuen „Demokraten“ – welcher Couleur und von welchen politischen Ambitionen getragen, sie auch immer sein mögen – wohlweislich außer acht gelassen.

Nichtsdestotrotz, das Leben geht weiter. In Hettstedt und anderswo. Nehmen wir alle Beteiligten beim Wort, das Beste für unsere Stadt zu wollen, ob nun weiter so wie bisher oder anders. Die Praxis bleibt das Kriterium der Wahrheit (sprich: Richtigkeit der Entscheidungen). Und die Möglichkeit, das zu beurteilen, bietet sich uns täglich neu. Nur sollten wir nicht unbedingt bis zur nächsten Wahl warten, unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Gelegenheiten gibt es viele. Lasst eure Stadträte dabei nicht allein!

Weiterer Inhalt:

- | | |
|------------------|---|
| Seite 2 | - Die LINKE. in den Bürgermeisterwahlen - „Was du ererbt von deinen Vätern, erhalt es, um es zu besitzen“ |
| Seite 3/4 | Interessenbekundungsverfahren zum Verkauf der Krankenhäuser |
| Seite 5/6 | Zum Gedenken an die Märzgefallenen von 1921 |

Peter Jung

Die LINKE. in den Bürgermeisterwahlen

Die LINKE. konnte in den Wahlen für die Bürgermeisterämter am 2. und 16. März 2008 keine Achtungserfolge im Landkreis Mansfeld Südharz erringen und die Wahlerfolge der Kreistagswahl nicht bestätigen.

Die Genossinnen und Genossen der LINKEN. Mansfeld Südharz schickten vier Kandidaten im Landkreis für die Bürgermeisterämter ins Rennen.

Leider schaffte es nicht einmal der Amtsinhaber in Siersleben, Manfred Lüning, sein Amt zu verteidigen und verlor in der Stichwahl gegen Lutz Sommer mit 277 Stimmen (46,1%) zu 324 Stimmen (53,9 %).

Beachtenswert sind die 31,6 Prozent, die Manfred Schulze in Roßla gegenüber dem Amtsinhaber erringen konnte.

Horst Eidam schaffte in seiner Gemeinde Freist 17,5 Prozent, wobei er ebenfalls gegen den Amtsinhaber antrat.

In Wallhausen erreichte Dr. Fritz Glaser 7,5 Prozent bei drei Bewerbern. Hier wurde ebenfalls

der alte Bürgermeister in seinem Amt bestätigt.

Bürgermeisterwahlen sind Personenwahlen, wo es auf den Bekanntheitsgrad und die Verankerung des Bewerbers in der Gemeinde ankommt. Je kleiner die Kommune umso genauer schaut der Wähler hin, wem er seine Stimme gibt. Die Zugehörigkeit des Kandidaten in ortsansässigen Vereinen spielt eine große Rolle und trägt maßgeblich zum Wahlerfolg bei. Die Parteizugehörigkeit und die große Politik spielen hier nicht die entscheidende Rolle. Auch Absprachen zwischen den Parteien werden vom Wähler anders gewertet.

Die geringe Wahlbeteiligung, zwischen 38 und 60 Prozent, im Landkreis zeigt die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik vor Ort. Ohmachtgefühl und Resignation der Bürger zeigen sich in der Wahlverweigerung.

Die LINKE mit all ihren Mitglieder ist nun gefragt. in den nächsten 7 Jahren geeignete KandidatInnen auch außerhalb der Parteimitgliedschaft zu finden, anzusprechen und aufzubauen.

Werner Thurm

„Was du ererbt von deinen Vätern, erhalt es, um es zu besitzen“ (Goethe)

Habt ihr, liebe Freunde, diesen hanebüchernen Artikel in unserer Heimatzeitung gelesen? Es ging hierbei um das neugeschaffene Luther-Ensemble, und man klopfte sich gewissermaßen gegenseitig auf die Schulter, verlieh sogar einen Staatspreis für eine für meinen (und vieler anderer) Geschmack vollbrachte architektonische Untat. Bekanntlich musste das schöne, alte Bürgerhaus, Baujahr um 1700, einem modernen Klotz von Gebäude weichen. Und diesen Klotz lobt man als prächtig in das alte Stadtbild passend in höchsten Tönen. Nun, das Kind liegt im Brunnen und eine halbe Million ist verbaut.

Aber nun kommt etwas in diesem Artikel zur Sprache, was mich besonders ärgert. Spricht doch ein Kulturminister von „in Sachsen-Anhalt häufig gepflegtem Rekonstruismus“ (Vorschlag als Unwort des Jahres). Verstehe ich Sie recht, Herr Minister, es sind dann Leute, die das Ererbte von den Vätern usw. rückständige Narren? Da bleibt mir nur zu sagen: „Feste Jungs, macht nur

weiter so. Ihr kriegt schon alles kaputt!“

Und wenn man, wie Martin Luther, mal dem Volk auf's Maul schaut, würde man besonders von westlichen Touristen meistens die Meinung hören, dass sie nicht gekommen seien, um moderne Bauwerke zu sehen, sondern in einer Lutherstadt mittelalterliche Bausubstanz erwarten. Wir, die sich bewusst zur gescholtenen Gruppe des „Rekonstruismus“ bekennen, haben ja gar nichts gegen moderne Bauten und der Klotz ist an und für sich gar nicht übel. Aber man wähle dann bitte den rechten Standort!

Punkt 2 meiner Sorge ist die Kupferklausel. Fama sagt, das Gebäude stünde vor dem Abriss. Und das, meine sehr verehrten Verantwortlichen, wäre eine Todsünde. Jede Stadt würde sich glücklich schätzen, eine so wohlerhaltene Barock-Fassade zu besitzen, und wir, die Touristen-Stadt Eisleben planen Unheil.

Bürger seid wachsam!

Eröffnung eines Interessenbekundungsverfahrens zum Verkauf der Krankenhäuser

Sitzung des Kreistages Mansfeld-Südharz am 17.03.2008

Am 17.03.08 fand endlich die mit großer Spannung von der gesamten Bevölkerung unseres Kreises erwartete Kreistagssitzung zur Eröffnung eines Interessenbekundungsverfahrens statt. Es ging also um die einfache Frage, tragen die Mitglieder des Kreistages die Absichten des Landrates, die kommunalen Kliniken zu verkaufen, mit. Dass es bei der Diskussion dazu recht kontrovers zu ging, lag natürlich auf der Hand. So hat natürlich unsere Fraktion und die der SPD klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Plan des Landrates mit uns nicht aufgeht. Das Abstimmungsergebnis belegte dies recht eindeutig mit 26 Stimmen dagegen, nur 15 dafür und 5 Enthaltungen. Die anwesenden Einwohner unseres Kreises erlebten danach, was unser Landrat von einem demokratisch gefassten Beschluss hält: "Er kündigte gegen diese mehrheitlich gefassten Beschluss Widerspruch an". Also werden wir uns mit dieser Problematik und damit verbunden mit dem Haushalt und dessen Konsolidierung in den nächsten Sitzungen befassen müssen.

Nachfolgend die Rede von Erdmuthé Henke für die Fraktion Die LINKE.

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

im Dezember vorigen Jahres begann in unserem Landkreis durch eine, in meiner Meinung nach, gezielte Indiskretion des Landrates eine Auseinandersetzung um den Verkauf bzw. Nichtverkauf unserer Krankenhäuser, welche in ihrer Form und Schärfe alles bisher in unserer kommunalpolitischen Arbeit dagewesene in den Schatten stellt.

Von Anfang an war für viele von uns erkennbar, dass Ihre Strategie, Herr Landrat, darin bestand, im Verlaufe der Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2008 durch extreme Übertreibung unserer schlechten Haushaltslage einerseits und dem verlockend hohem und sozialem Angebot potentieller Kaufinteressierter andererseits, alle Beteiligten zu überrumpeln.

Die den Landkreis wirklich belastenden Schulden sind in Wahrheit nicht 110 Mio. € wie in der Presse immer dargestellt wird, sondern 55 Mio. € hoch, nämlich die Kassenkredite für die laufende Verwaltung. Die 55 Mio. € Investitionskredite für Schulen, Turnhallen, Technik und ähnliches sind haushaltspolitisch anders zu werten. Nach meiner Meinung spricht eine solche Darstellung der Schuldenlage unseres Landkreises, wie Sie sie Herr Schatz an den Tag legen, von wenig Seriosität.

Und dann die angeblichen Angebote, insbesondere ihre Höhe. Auch ohne Interessenbekundungsverfahren sagen Experten voraus, dass ein solcher Preis – wir sprechen hier um die 100 Mio. € – unter den schon von Ihnen genannten Bedingungen (Sicherung der Standorte, Absicherung der Beschäftigten, Veto-Recht des Landkreises u. s. w.) bei weitem nicht realisierbar ist.

Was aber viele in der Bevölkerung bei der Diskussion um den von Ihnen beabsichtigten Verkauf besonders entsetzt, ist die Art und Weise, mit der Sie, Herr Landrat, die Auseinandersetzung mit darüber anders Denkenden geführt haben und auch heute noch vorantreiben. Sowohl im Wahlkampf als auch bei Ihrer Amtseinführung haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern unseres damals gerade gebildeten Landkreises versprochen, ein Landrat zu sein, der zusammenführt. Was Sie aber in den letzten Monaten tatsächlich getan haben, ist der Versuch, Teile der Bevölkerung unseres Landkreises gegeneinander auszuspielen.

Wie anders ist es denn dann zu verstehen, dass Sie Herr Schatz in den vergangenen Wochen in mehreren Veranstaltungen angekündigt und sogar angedroht haben, nach Ablehnung der Eröffnung des Interessenbekundungsverfahrens zum Verkauf der Krankenhäuser durch den Kreistag sofort alle freiwilligen Aufgaben des Landkreises zu streichen.

Wenn es also kein Theater mehr in Lutherstadt Eisleben mehr geben sollte und dessen ca. 60 Beschäftigten entlassen werden müssten, keine Jugend- und Sportförderung durch den Landkreis mehr erfolgen würde, die Angebote der

Fortsetzung auf Seite 4

Impressum

Herausgeber: AG Mansfeld Links
im Kreisverband Die Linke, Mansfeld-Südharz
Postfach 10 11 51
06295 Sangerhausen

V.i.S.d.P.: Harti Rische

Die AG ist zu erreichen über:

06333 Hettstedt, Obertor 2 ☎ (03476) 81 12 72

e-mail mansfeld-links@die-optimisten.net

internet www.pds-mansfelder-land.de

Ein Exemplar jeder Ausgabe kostet die Herausgeber 1 €

Fortsetzung von Seite 3

Sitzung des Kreistages Mansfeld-Südharz am 17.03.2008

Kreismusikschule sowie der Kreisvolkshochschulen wegfallen würden, dann wären nach Ihrer Meinung die über 1.600 Beschäftigten der beiden Krankenhäuser und alle Gegner des Verkaufes daran schuld. Nein Herr Landrat, so etwas ist unverantwortlich.

Die schon stattgefundenen Demos gegen einen Verkauf der Kliniken und insbesondere die heutige von Mitarbeitern der Kliniken, des Theaters und Befürwortern einer Bürgerinitiative haben gezeigt, dass sich diese Bürger nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Der Fraktion DIE LINKE geht es, wie auch anderen Fraktionen unseres Kreistages, in erster Linie um eine auf die kommenden 10 bis 15 Jahre ausgerichtete nachhaltige Haushalts- und Finanzwirtschaft des Landkreises. Und die kann nicht darin bestehen, unter der derzeit unüberwindbar scheinenden Kassenlage für die Haushaltskonsolidierung Hals über Kopf kommunales Eigentum zu verkaufen.

Der Verkauf der Krankenhäuser, zu welchem Preis auch immer, wäre für die weitere Entwicklung unseres Landkreises nicht nur kurzfristig, sondern sogar gefährlich. Wenn es also tatsächlich gelingen sollte, die beiden Krankenhäuser unseres Landkreises für mindestens 80 Mio € zu verkaufen, verringern sich in den nächsten 3 Jahren um fast denselben Betrag die Vermögenswerte unseres Landkreises. Denn die konkrete Verwendung des geplanten Verkaufserlöses wurde ja vom Landrat schon öffentlich angekündigt (Schuldentilgung, Schulsanierung, Senkung der Kreisumlage u. a.).

Und wenn der Landkreis dann, wie schon grobe Berechnungen ergeben haben, spätestens in 4 Jahren wieder Kredite in erheblicher Höhe aufnehmen muss, sagen dann die Banken, dass unser Landkreis nicht mehr die Bonität wie heute hat und die Kredite zumindest teurer sein werden. BASEL II lässt grüßen.

Im Unterschied zu Ihnen, Herr Landrat, sehen wir für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zum Verkauf von kommunalen Eigentum echte Alternativen.

Wir sind, wie auch andere Mitglieder dieses Hauses, fest davon überzeugt, dass durch folgende Maßnahmen in den nächsten 8 Jahren - zwar in anstrengender Arbeit aber dafür nachhaltig - der Haushalt unseres Landkreises konsolidiert werden kann.

1. Die von den beiden Altlandkreisen beschlossenen und gültigen Konsolidierungsprogram-

me lassen in Summe für den Haushalt 2008 noch ein genehmigungsfähiges Defizit in Höhe von ca. 2,4 Mio. € zu, was im gegenwärtigen Haushaltsplanentwurf, aus welchen Gründen auch immer, keine Berücksichtigung fand. Dies sollte im Interesse der weiteren Konsolidierung berichtigt werden.

2. Durch die Verwaltung sind alle Anstrengungen darauf zu richten, dass durch eine sehr strenge Personalpolitik und konsequente Nutzung der Vorteile der Kreisfusion Kosten eingespart und somit Ausgaben gesenkt werden können.
3. Die Kosten der Kreisfusion sind dem Land gegenüber nachzuweisen und in Rechnung zu stellen.
4. Die Einnahmewirtschaft des Landkreises ist auf den Prüfstand zu stellen. Dabei gilt es einnahmeintensive Verwaltungsaufgaben im Rahmen des vorhandenen Personalbestandes auszubauen und, wenn notwendig, wieder in die Verwaltung des Landkreises zurück zu holen.
5. Durch die aktive Nutzung unseres kommunalen Eigentums, insbesondere durch die Stärkung der wirtschaftlichen Betätigung unserer landkreiseigenen Unternehmen, wie die Kreissparkasse, die Krankenhäuser, die RES Recycling und Entsorgungsservice Sangerhausen GmbH (einschließlich ihrer Tochterunternehmen), ist ein gewichtiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Unter der Maßgabe, dass wir es als Landkreis mindestens genau so gut verstehen, unsere Unternehmen zu führen, können hier gut 1 bis 2 Mio. € veranschlagt werden.
6. Eine Erhöhung der Kreisumlage sollte in erster Linie zur Finanzierung landkreisflächendeckender freiwilliger Aufgaben dienen.
7. Erwarten wir von Ihnen, Herr Landrat, dass Sie mit der Autorität Ihres Amtes und mit aller Vehemenz an die Vertreter der Bundes- sowie Landespolitik die sich zunehmend verschärfenden Haushaltsprobleme unseres und der anderen Kommunen herantragen und von diesen Unterstützung bei der Lösung der Selben einfordern.

Aus diesen Gründen ist die Fraktion DIE LINKE gegen die Eröffnung eines Interessensbekundungsverfahrens und sagt
Nein zum Verkauf landkreiseigenen Eigentums.

Zum Gedenken an die Märzgefallenen von 1921

Aus der Ansprache von Manfred Lüning, Kreisvorsitzender Die Linke.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
Werte Sympathisantinnen und Sympathisanten,
Liebe Bürger von Hettstedt,

wenn wir uns in diesen Tagen der Märzkämpfe erinnern, die vor nunmehr 87 Jahren Mitteldeutschland und vor allem das Mansfelder Land erschütterten, so müssen wir uns der Tatsache bewusst werden, dass die Ereignisse von damals nicht ohne ihr geschichtliches Umfeld verstanden werden können.

...

Ursächlich wurden die Märzkämpfe hervorgerufen durch die Verschärfung der sozial-ökonomischen Bedingungen im Kupferbergbau des Mansfelder Landes, im Braunkohlenbergbau Geiseltal und in den Leuna-Werken, aber auch durch die Gegenoffensive des Kapitals nach seiner Niederlagenserie am Ende des 1. Weltkrieges.

Insbesondere die Zerschlagung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Kapp-Putsch hatten im Bewusstsein der arbeitenden Menschen tiefe Spuren hinterlassen.

Und die Herrschenden fürchteten, dass die Betrogenen der Novemberrevolution nachholen könnten, was ihnen im November 1918 und nach dem Mord an *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* nicht gelungen war.

Die Worte *Eberts*: „ich fürchte die Revolution wie die Pest“, und die Aufforderung an die Arbeiter nach dem Sieg über *Kapp* und *Lüttwitz*, die Waffen gegen Geld abzugeben, zeigten die eigentliche Zielrichtung, das Volk wehrlos zu machen.

Ein weiterer historischer Fakt:

Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Januar 1921 waren gekennzeichnet durch ein deutliches Votum der Wählerinnen und Wähler für Veränderung im Interesse des arbeitenden Volkes. Sie gaben der damaligen vereinigten Linken – der VKPD – in den Kreisen des Mansfelder Landes, in Delitzsch und Merseburg, in Bitterfeld und Halle bis zu 40% der Stimmen, sodass die VKPD in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, in den Kreistagen und im Provinziallandtag die stärksten Fraktionen stellen konnte.

Bürgerliche Kreise, aber auch der SPD-Oberpräsident der Region, Otto Hörsing befürchteten deshalb eine kommunistische Machtübernahme in dieser wichtigen Industrieregion. Der Preußi-

sche Innenminister Severing sowie der Oberpräsident der preußischen Provinz Hötting entsandten am 19. März 1921 Polizeieinheiten der von Wilhelm Abegg neu organisierten preußischen Polizei nach Hettstedt und Eisleben, um die Kontrolle über die Betriebe zu erhalten. Es wurden Schulen und Verwaltungsgebäude besetzt. Der Protest, den die Stadtverordneten und der Kreistag z. B. in Hettstedt einlegten, verhallte wirkungslos.

Der Aufruf der KPD vom 21. März zum Generalstreik wurde nur im Mansfelder Bezirk befolgt. Erst am folgenden Tag wurde das gesamte Bergbaugbiet Mansfeld-Eisleben bestreikt, die Auseinandersetzungen begannen zu eskalieren. In Eisleben und Hettstedt kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, die zugleich den Vorwand gaben, Truppen der Reichswehr mit Kanonen und Panzerzügen gegen die aufständischen Arbeiter einzusetzen. Am 1. April 1921 wurde die letzte, von Max Hoelz geführte Gruppe aufständischer Arbeiter bei Beesenstedt zerschlagen.

Die Bilanz:

Insgesamt kamen bei den Kämpfen mehr als 150 Arbeiter ums Leben, viele wurden danach noch ermordet; an die 6.000 Arbeiter wurden verhaftet, 4.000 von ihnen zu insgesamt 3.000 Jahren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt; weit mehr noch wurden entlassen und ihrer Existenz beraubt. Die Reaktion hielt blutige Abrechnung. Das dürfen und werden wir niemals vergessen.

Beim Treffen der revolutionären Arbeiter am 20. März 1927 in Leuna und Merseburg erklärte Ernst Thälmann: „Die Arbeiterklasse vergisst ihre tapferen Kameraden nicht! Uns bindet eine starke Klassenliebe und Solidarität. Überall, wo wir unsere Toten ehren, rufen uns die Fanfaren zum neuen Kampf.“

Die Ehrung der Märzkämpfer und deren Kampf um eine gerechtere Gesellschaft ist auch 18 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht vergessen. Vielmehr lassen sich aus den Märzkämpfen vor 87 Jahren aktuelle Lehren für uns heute ziehen. Selbstverständlich haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändert. Jedoch trotz Rechtsstaatlichkeit ist die Gefahr von Rechts nicht gebannt.

...

Permanente Arbeitslosigkeit und der Kahlschlag bei sozialen Leistungen sind an der Tagesord-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Zum Gedenken an die Märzgefallenen von 1921

nung. Fünf Jahre Agenda 2010 dokumentieren den größten Einschnitt in der Geschichte des deutschen Sozialstaates. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Einführung von Hartz IV wurden Hunderttausende in Armut und soziale Ausgrenzung getrieben. Nach wie vor sind in Deutschland mehr als fünf Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Die Gesellschaft driftet immer weiter auseinander. Die Mittelschicht schrumpft.

Jedoch unter Federführung von Frau Merkel stehen deutsche Soldaten auf dem Balkan, wird im fünften Jahr des Krieges in Afghanistan – übrigens dauert der nun schon länger als der II. Weltkrieg - ernsthaft darüber nachgedacht, Bundeswehrsoldaten an Kamphandlungen zu beteiligen, obwohl 86% der Bevölkerung dagegen sind; wird, wie 1921, der Einsatz von Bundeswehrsoldaten zur ‚Bekämpfung‘ innerer Unruhen geplant.

Unübersehbar sind die Aktivitäten eines Herrn Schäuble zur Errichtung eines totalen Überwachungsstaates bis hin zum Datenaustausch mit dem amerikanischen CIA. Da sollen mit Hilfe

von Bundestrojanern Online-Durchsuchungen von Computern ermöglicht werden. Dann sollen durch die geplante Vorratsdatenspeicherung alle Verbindungen über Telefon, Handy und Internet protokolliert werden. Der öffentliche Raum wird durch immer mehr Kameras überwacht. Biometrische Daten finden Eingang in unsere Ausweise. Begründet werden diese Vorstöße mit der Gefahr des Terrorismus. Den eigentlichen Hintergrund des Ausbaus des Kontroll- und Überwachungsstaates bilden die sich verschärfenden sozialen Widersprüche. Die soziale Stabilität der Gesellschaft, die für das Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie von Bedeutung ist, gerät immer mehr ins Wanken, das Potential für Proteste und Widerstand wächst permanent. Dagegen wird der Repressionsapparat aufgerüstet.

Das Vermächtnis der Toten zu erfüllen heißt für uns heute, nicht nachzulassen im Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt. Die uralte Sehnsucht der Menschen heißt Frieden, Frieden und nochmals Frieden.

Das Osterfest ist ein guter Anlass, daran zu erinnern.

Mansfeld Links gratuliert

zum Geburtstag

im April:

| | |
|----------------------------------|--------------|
| am 04.04. Kurt Meiß | Erdeborn |
| am 08.04. Werner Bittner | Eisleben |
| am 10.04. Dagmar Pollin | Helbra |
| am 11.04. Ursula Barth | Sangerhausen |
| am 11.04. Manfred Fischer | Wippra |
| am 12.04. Ilona Debrabant | Eisleben |
| am 13.04. Frank Rische | Hettstedt |
| am 13.04. Rene Schendel | Edersleben |
| am 14.04. Kurt Blossfeld | Hettstedt |
| am 14.04. Frieder Herold | Wippra |
| am 14.04. Edeltraud Kosiankowski | Sangerhausen |
| am 15.04. Bernd Strauß | Wickrode |
| am 17.04. Gertrud Haesener | Eisleben |
| am 21.04. Günter Jakobi | Brücken |
| am 21.04. Andre Kupfernagel | Göttingen |
| am 25.04. Waltraud Meissner | Sangerhausen |
| am 26.04. Karl-Heinz Olejnyk | Eisleben |
| am 28.04. Thomas Heuser | Edersleben |
| am 28.04. Käte Schwarz | Eisleben |
| am 29.04. Lydia Groß | Allstedt |

Termine

Kreisvorstandssitzung

| | | | |
|-----|-----------|-----------|-----------|
| Do. | 03. April | 18.00 Uhr | Eisleben |
| Do. | 22. Mai | 18.00 Uhr | Hettstedt |

Sitzung des Arbeitspräsidiums

| | | | |
|-----|-----------|-----------|---------------------|
| Do. | 24. April | 18.00 Uhr | Hettstedt Fuxbau |
| Do. | 29. Mai | 18.00 Uhr | Eisleben |

Erfahrungsaustausch der BO-Vorsitzenden

| | | | |
|-----|-----------|-----------|---------------------|
| Do. | 24. April | 16.00 Uhr | Hettstedt Fuxbau |
| Do. | 29. Mai | 16.00 Uhr | Eisleben |

Sonstige Termine

DGB Maifeier

| | | | |
|-----|--------|--------------|------------------------------|
| Do. | 1. Mai | ab 10.00 Uhr | Hettstedt Mansfeld Museum |
|-----|--------|--------------|------------------------------|

Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung

| | | | |
|-----|--------|-----------|----------|
| Do. | 8. Mai | 16.00 Uhr | Eisleben |
|-----|--------|-----------|----------|

Sitzung des Stadtrates Hettstedt

| | | | |
|-----|-----------|-----------|----------|
| Di. | 29. April | 17.00 Uhr | Ratssaal |
|-----|-----------|-----------|----------|

Sitzung des Stadtrates Eisleben

| | | | |
|-----|-----------|-----------|------------|
| Di. | 08. April | 16.30 Uhr | Kulturhaus |
|-----|-----------|-----------|------------|